

Mitteilungen des Landrats an den Kreistag sorgten für frenetischen Beifall von AfD und NPD

Ernüchternd ist es, wenn der Landrat des Wetteraukreises über die Schwierigkeiten bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten spricht und dabei NPD-Vokabular verwendet.

Landrat Weckler berichtete in seinen Mitteilungen an den Kreistag von einem „Brandbrief“ des deutschen Landkreistages an die Bundesregierung. Dabei schoss er mächtig übers Ziel hinaus und landete rechts außen.

In den vergangenen Wochen konnte man öfter in der Presse lesen, dass der Wetteraukreis auf dem Gelände des Recyclinghofs in Friedberg-Dorheim eine Containerunterkunft für Geflüchtete errichten will. Friedberger Politiker und der Bürgermeister hatten sich dagegen ausgesprochen.

Nachvollziehbar finden wir die Begründung, dass eine Müllverwertung kein guter Platz für Geflüchtete ist. Friedberg bot alternative Flächen an. Der Kreis blieb bei dem Standort Dorheim – wohl weil dort bereits alle Versorgungsleitungen liegen. Die Container sind bestellt.

Die Kritik an diesem Standort erreichte auch den Kreistag, der sich in dieser Angelegenheit schlecht informiert und übergangen fühlte. Das animierte den Landrat offensichtlich zu seinem Bericht über die Schwierigkeiten bei der Flüchtlingsunterbringung. Derzeit kommen wieder vermehrt Geflüchtete ins Land. Die Wetterauer Kommunen müssen wöchentlich 90 ukrainische Geflüchtete aufnehmen. Der Kreis selbst ist für die Geflüchteten aus den anderen Ländern zuständig und das sind zur Zeit wöchentlich 70 Personen. Dass es ein schwieriges Unterfangen ist, diesen Menschen ein Dach über dem Kopf zu beschaffen, ist nachvollziehbar.

Die Problemlage versetzte den Landrat in Erregung: Der Wetteraukreis sei am Ende seiner Möglichkeiten angekommen. Die Kommunen seien überfordert. Er unterstütze einen „Brandbrief“, den der Deutsche Landkreistag an die Bundesregierung geschrieben hätte. Dort sei festgehalten, dass die Kommunen an ihre Grenzen kämen. Es müsse Schluss sein mit einer Politik, die so viele Geflüchtete ins Land lasse. Die Balkanroute müsse geschlossen werden. Von dort kämen zu viele Menschen illegal ins Land. Außerdem wären mit dem Bürgergeld neue Anreize für die Einreise nach Deutschland geschaffen worden. Und es gebe jetzt gesetzliche Erleichterungen für den Aufenthalt Geflüchteter. Dies müsse aufhören. Wir könnten nicht alle aufnehmen. Deutschland stehe mit dem Rücken zur Wand.

Der Landrat übernahm den „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“-Duktus der NPD. Entsprechend frenetisch fiel der Applaus von rechts aus. AfD und NPD gerieten förmlich aus dem Häuschen.

Im Nachgang hat uns natürlich interessiert, ob der Landkreistag tatsächlich solche Aussagen in einem Brandbrief verfasst und an die Bundesregierung geschickt hat. Und da stellte sich heraus, dass mit dem Landrat die rechte Geisteshaltung durchgegangen ist.

In einer Pressemeldung schreibt der Deutsche Landkreistag sein Kritik an die Bundesregierung auf. Es ist eine harte Kritik - aber ohne die „Das Boot ist voll“-Attitüden.

Das ist die Pressemeldung: »Der Deutsche Landkreistag fordert von Bund und Ländern mehr finanzielle Unterstützung bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine. "Die Kommunen brauchen endlich verlässliche Aussagen zur Finanzierung der kommunalen Flüchtlingskosten", sagte Präsident Reinhard Sager der Rheinischen Post (Mittwochsausgabe). "Diese

müssen vollständig erstattet werden, sie laufen uns bei der Unterbringung, bei der Kinderbetreuung, bei der Krankenhilfe und in vielen weiteren Bereichen völlig davon."

Dabei stünden vorrangig die Länder in der Verantwortung, deshalb erwarte der Landkreistag von der am Mittwoch tagenden Ministerpräsidentenkonferenz "Bewegung in diesen Fragen", sagte Sager der Zeitung. Darüber hinaus gehe es um die Übernahme sämtlicher Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge rückwirkend zum 1.1.2022.

Sager warnte zudem vor einer Überforderung durch den Sozialleistungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine: "Der Umstand, dass ukrainische Flüchtlinge direkt die höheren Leistungen nach dem SGB II erhalten, führt zu weiterer Zuwanderung und einer systematischen Überlastung unseres Systems. Die Unterbringungskapazitäten sind vielerorts gänzlich erschöpft und es kommen immer mehr Ukrainer aus anderen EU-Mitgliedstaaten, die dort eigentlich bereits Schutz genießen." Hier müsse der Bund dringend gegensteuern.«

Dieser Kritik können sich Kommunalpolitiker*innen sicher anschließen. Es gibt inzwischen deutliche doppelte Standards bei der Behandlung von Geflüchteten. Denn es ist eine bundespolitische Entscheidung, die Ukraine im Krieg zu unterstützen, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen und ihnen ohne weiteres einen Aufenthaltsstatus sowie Zugang zu Sozialleistungen zu gewähren. Wer bestellt, sollte aber auch zahlen.

Eine verwunderliche Haltung des CDU-Landrats waren diese Mitteilung allemal. Seine CDU initiiert und unterstützt in Hessen ein „Bündnis Fachkräftesicherung“, mit dem Migration explizit gefördert wird. Die deutsche Wirtschaft brauche die Gewinnung und Bindung von internationalen Fachkräften, heißt es da. Migranten bräuchten besondere Unterstützung, die das Ankommen und Bleiben erleichtert.

Wirtschaftsvertreter sind sich weitgehend einig: Gastronomie, das Gesundheitswesen aber auch der Transportsektor, Logistik, die ganzen Lieferdienste sind auf Migrantinnen und Migranten angewiesen. Alles, was in der Statistik als wirtschaftsnahe Dienstleistungen firmiert ist Mangelware. Der deutsche Arbeitsmarkt kommt nicht ohne Zuwanderer aus. Detlef Scheele, der Chef der Bundesagentur für Arbeit, sagt mit Blick auf den hiesigen Fachkräftebedarf und den demografischen Wandel, dass pro Jahr 400.000 Menschen ins Land kommen müssten. Wenig überraschend kommt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung also zu dem Ergebnis: Ohne Migranten geht nichts mehr.

Vielleicht sollten seine CDU-Kollegen wenigstens das dem Landrat mal erklären...

Dass Flucht kein Verbrechen ist und Folge unserer westlichen Wirtschafts- und Klimapolitik – das würde er wahrscheinlich sowieso nicht verstehen.

„Aktuelle Post“ Oktober 2022 aus dem Kreistag von Gabi Faulhaber, Die LINKE